



Foto: dpa

Schleswig-Holstein

„Klarer Regierungsauftrag für die CDU!“

Das „grandiose Wahlergebnis“ der CDU bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein wertete Angela Merkel auch als ein Signal für einen Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen.

„Rot-Grün wurde abgewählt“, sagte Frau Merkel. Es gefährde die Stabilität des

Landes, wenn dies nicht akzeptiert werde. Wenn die SPD noch „ein bisschen Verantwortungsbewußtsein“ habe, dann müsse sie zur Bildung einer stabilen Regierung mit der CDU bereit sein, forderte die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestags- ▶

INHALT

Landtagswahl in
Schleswig-Holstein:
Wahldokumentation

Innenteil

Volker Kauder:
Schröder spaltet
Deutschland

Seite 11

HEUTE AKTUELL

■ Schleswig Holstein: Klarer Regierungsauftrag für die CDU (Seite 1-3) ■ Wahlergebnis: Die wichtigsten Fakten auf einen Blick (Seite 4-5) ■ Nordrhein Westfalen: Die Menschen wollen Problemlösungskompetenz (Seite 6) ■ Bundestagsdebatte zur EU-Verfassung: Subsidiaritätsprinzip umsetzen! (Seite 7) ■ Service: kostenlose Fotodatenbank des Bundestages online (Seite 9) ■ Angela Merkel trifft US-Präsident George W. Bush (Seite 10) ■ Hans Gert Pöttering: Wendepunkt in den transatlantischen Beziehungen (Seite 10) ■ Eckart von Klaeden: Verteidigung Fischers immer unglaubwürdiger (Seite 11) ■ Dagmar Wöhrl: Bundesregierung muss endlich Lage im Land erkennen (Seite 12) ■ Karl-Josef Laumann: Bankrotterklärung der rot-grünen Arbeitsmarktpolitik (Seite 13)

► fraktion. Andernfalls zeige die SPD unter Simonis, dass es ihr „nur noch um Machterhalt“ gehe. Es sei inakzeptabel, die Zukunft eines Landes nur um des Machterhaltens willen aufs Spiel zu setzen.

„Die Sozialdemokraten haben jetzt zum zehnten Mal in Folge eine Schlappe hinnehmen müssen“, so Merkel. Während die CDU mit Spitzenkandidat Peter Harry Carstensen über 40 Prozent der Stimmen erhalten habe, verfüge Rot-Grün in Kiel nicht mehr über eine eigene Mehrheit. Der Wechsel von 50.000 ehemaligen SPD-Wählern in das Lager der Union zeige das klare Votum der Wählerinnen und Wähler für einen Regierungswechsel im nördlichsten Bundesland. Zugleich bestätige die Landtagswahl, dass der Basistrend seit der Bundestagswahl 2002 unverändert gelte: „Die Union ist die

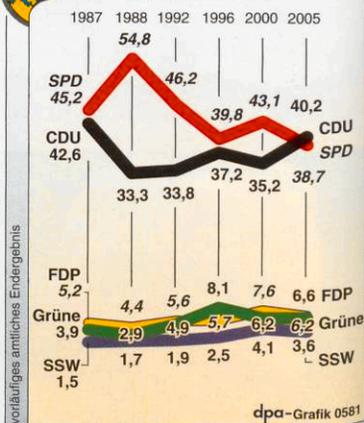
stärkste Kraft im Land und Rot-Grün hat keine eigene Mehrheit. Die von der SPD-Führung herbei geredete Trendwende gibt es nicht,“ so die Vorsitzende.

Der an Sachthemen und Argumente orientierte Wahlkampf habe die Wähler überzeugt. Das Land und die Menschen verlangten einen neuen Politikstil der Verlässlichkeit und Vertrauenswürdigkeit. Aus diesem Grund werde die Union in den kommenden Wahlkämpfen weiterhin auf Sachthemen setzen. Es sei allenthalben spür-



Landtagswahlen in Schleswig-Holstein

Stimmenanteile in %



IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Pfittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

bar, dass sich die Menschen zunehmend wegen der Massenarbeitslosigkeit sorgen. Auch fürchteten sie die allgemeine Perspektivlosigkeit und den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes. Daneben interessierten die Menschen die hohe Staatsverschuldung, die die Lebenschancen ihrer Kinder und Enkel gefährde und Fragen der Inneren Sicherheit. Deshalb sei auch der allein auf die Ministerpräsidentin abgestellte Wahlkampf der SPD „gescheitert“. Da die Sozialdemokraten offensichtlich die Realität nicht mehr zur Kenntnis nehmen würden, sei ihr weiterer Abstieg vorgezeichnet. Für das rot-grüne Lager käme erschwerend hinzu: „Die Grünen fangen die Verluste der SPD

nicht auf. In absoluten Zahlen haben auch sie Stimmen verloren. Die Visa-Affäre zieht auch die SPD in Mitleidenschaft. Rot-Grün steht in den Augen der Wähler zunehmend für Unsicherheit, Handlungsschwäche und Erfolglosigkeit.“

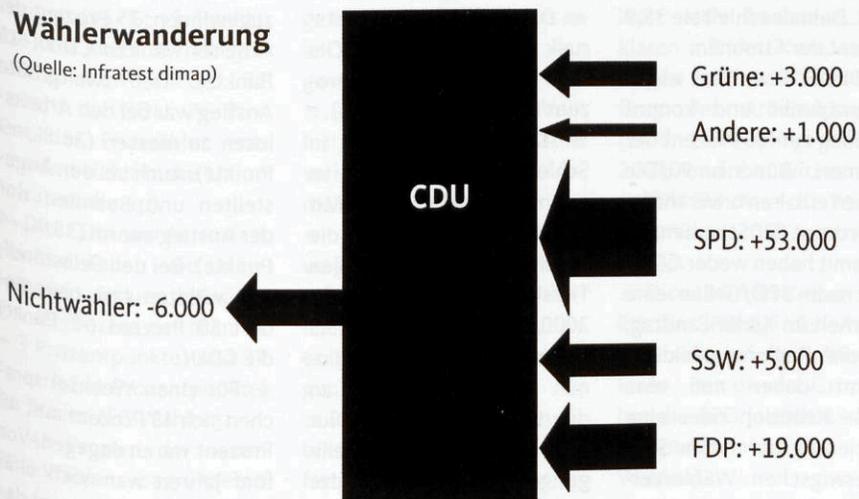
Das Kieler Ergebnis würde in Düsseldorf eine klare schwarz-gelbe Mehrheit bedeuten, hob die Vorsitzende hervor. „Für NRW gibt es alle Chancen auf einen Regierungswechsel.“ Von der Entschlossenheit, dem Kampfgeist und der Disziplin der Union in den kommenden 90 Tagen werde der Ausgang dieser Wahl entscheidend abhängen, sagte Merkel.

CDU-Spitzenkandidat Peter Harry Carstensen bekräftigte, dass seine Partei

vom Wähler einen klaren Auftrag für eine Regierungsbildung erhalten habe. Schleswig-Holstein brauche eine vernünftige Mehrheit, um die gewaltigen Probleme des Landes lösen zu können. Deshalb werde er sich mit allen Parteien zusammensetzen. „Es wäre fatal, wenn es für die nächsten fünf Jahre eine Koalition der Verlierer“ aus SPD, Grünen und SSW gebe. „Das würde das Ergebnis der Wahl auf den Kopf stellen“, bekräftigte der CDU-Politiker. Schließlich sei Rot-Grün erkennbar nicht in der Lage, Schleswig-Holstein wieder nach vorne zu bringen. Ausdrücklich dankte Carstensen der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel für ihr Engagement während des großen Wahlkampfes.

Wählerwanderung

(Quelle: Infratest dimap)



Wahlergebnis

Die wichtigsten Fakten auf einen Blick

■ Die CDU hat die Landtagswahl gewonnen und ist nach über 17 Jahren wieder stärkste Partei in Schleswig-Holstein. Sie erzielte mit 40,2 Prozent der Stimmen einen Zugewinn von 5 Prozentpunkten. Dieses Ergebnis ist das beste CDU-Ergebnis bei einer schleswig-holsteinischen Landtagswahl seit 1987 (damals 42,6%).

■ Die Niederlagenserie der SPD setzt sich fort. Sie verliert die zehnte Landtagswahl in Folge (letzter Sieg in Mecklenburg-Vorpommern 2002) und kommt nur noch auf 38,7 Prozent (minus 4,4 Prozentpunkte). Das ist das schlechteste Ergebnis in Schleswig-Holstein seit 1958. Damals erhielt sie 35,9 Prozent der Stimmen.

■ Die FDP verliert einen Prozentpunkt und kommt nur noch auf 6,6 Prozent der Stimmen. Bündnis 90/Die Grünen erhalten unverändert 6,2 Prozent der Stimmen.

■ Damit haben weder CDU/FDP noch SPD/Grüne eine Mehrheit im Kieler Landtag. Für die Regierungsbildung kommt daher nur eine Große Koalition oder eine Tolerierung durch den Südschleswigschen Wählerverband (SSW) in Frage. Er ist

Gewinne und Verluste in absoluten Zahlen

	LTW 2005	LTW 2000	Differenz
CDU	576.100	515.421	+ 60.679
SPD	554.844	630.728	- 75.884
FDP	94.920	111.649	- 16.729
Grüne	89.330	91.389	- 2.059
SSW	51.901	60.367	- 8.466
NPD	27.656	15.121	+ 12.535
Sonstige	39.876	39.423	+ 455

von der 5-Prozent-Hürde befreit und kann daher trotz nur 3,6 Prozent (-0,5 Punkte) mit zwei Abgeordneten in den Landtag einziehen.

■ Der befürchtete Rechtsruck ist ausgeblieben. Die NPD kam nur auf 1,9 Prozent (+0,9 Prozentpunkte).

■ Die Wahlbeteiligung in Schleswig-Holstein war so gering wie noch nie. Mit 66,6 Prozent unterboten die Wähler den bisherigen Tiefststand aus dem Jahr 2000. Damals waren 69,5 Prozent der rund 2,1 Millionen Wahlberechtigten an die Urnen gegangen. Nur noch 1947 lag die Beteiligung mit 69,8 Prozent unter der 70-Prozent-Marke.

■ Die CDU konnte lt. Forschungsgruppe Wahlen bei allen Berufsgruppen, insbesondere bei Arbeitslosen und Arbeitern, deutlich hinzugewinnen: 35 Prozent der Arbeiter wählten CDU (+11 Punkte). Der zweitgrößte Anstieg war bei den Arbeitslosen zu messen (26 %, +9 Punkte). Auch bei den Angestellten und Beamten war der Anstieg enorm (38 %, +4 Punkte). Bei den Selbständigen wählten fast unverändert 50 Prozent (-1 Punkt) die CDU.

■ Für einen Wechsel sprachen sich 48 Prozent aus, 45 Prozent waren dagegen. Vor fünf Jahren war noch eine Mehrheit von 48 Prozent da-

gegen gewesen (Infratest dimap).

- Aufgeschlüsselt nach Wohnorten lagen lt. Infratest dimap CDU/FDP auf dem Land mit 54 Prozent klar vor SPD/Grüne (41%), während das Verhältnis in der Stadt umgekehrt war: 53 Prozent der Stadtbewohner wählten Rot-Grün, Schwarz-Gelb kam auf 37 Prozent.

- Die meiste Zustimmung erhielt die CDU lt. FG Wahlen bei den älteren Wählern (über 60-Jährige) mit 48 Prozent der Stimmen (+ 5 Punkte; FG Wahlen). Große Zuwächse konnte die Union mit plus acht Prozentpunkten auch bei den Wahlstimmen der 30- bis 44-Jährigen erzielen (36 %). Mehr Zustimmung als bei den Wahlen von 2000 erhielt die Union auch bei den 45- bis 59-Jährigen (35 %; +1 Punkt). Von den unter 30-Jährigen wählten unverändert 31 Prozent die CDU. 26 Prozent der Erstwähler entschieden sich für die Union (Infratest dimap).

- Die CDU wurde zu fast gleichen Teilen von Männern wie Frauen gewählt: von 40 Prozent der Männer (+ 3 Prozentpunkte) und 37 Prozent (+4 Prozentpunkte) der Frauen (FG Wahlen).

- 48 Prozent der neuen CDU-Wähler begründeten

Gewinne und Verluste in Prozent

	LTW 2005	LTW 2000	Differenz
CDU	40,2	35,2	+ 5,0
SPD	38,7	43,1	- 4,4
FDP	6,6	7,6	- 1,0
Grüne	6,2	6,2	-
SSW	3,6	4,1	- 0,5
NPD	1,9	1,0	+ 0,9
Sonstige	2,8	2,7	+ 0,1

ihre Entscheidung mit der Wirtschaftspolitik der Union (Infratest dimap). Entscheidend waren aber auch die Bildungspolitik (38 %) und die Arbeitsmarktpolitik/Hartz IV (36 %).

- Insgesamt hat die CDU 25 von 40 Wahlkreisen direkt gewonnen – 2000 waren es bei 45 Wahlkreisen nur vier gewesen.

- Die SPD musste den Verlust von zwölf Mandaten verkraften und verfügt nunmehr über 29 Sitze.

- Die Sozialdemokraten verloren 53.000 Stimmen an die CDU und 30.000 Stimmen an die Nichtwähler, d.h. es gab eine starke Bewegung weg von der SPD.

- Bei den zentralen Kompetenzfragen büßte die SPD fast überall ihren Vorsprung

ein: Gegenüber der CDU lag sie nur noch vorn bei der sozialen Gerechtigkeit, der Bildungspolitik und der Ausländerpolitik. 2000 hat die SPD noch bei fast allen Kompetenzfragen vorn gelegen (Infratest Dimap).

- Die Niederlage der SPD lässt sich besonders erklären mit den Kompetenzfragen nach der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (29%, -16 Punkte gegenüber 2000) und zur Wirtschaftspolitik (33 %, - 12 Punkte gegenüber 2000); Infratest dimap.

- Die stärksten Verluste erlitt die SPD bei den Arbeitern und bei den Arbeitslosen. Bei diesen Gruppen hat die SPD jeweils 13 Prozentpunkte verloren (FG Wahlen).

Nordrhein-Westfalen

„Die Menschen wollen Problemlösungskompetenz“

Nach der Wahl ist vor der Wahl.

Diesem politischen Grundsatz folgend nahm Volker Kauder einen Tag nach der Wahl in Schleswig-Holstein an einer Sitzung der nordrhein-westfälischen Landtagsfraktion teil. Dort sicherte der CDU-Generalsekretär der CDU NRW die volle Unterstützung der Bundespartei zu.

„Die Menschen wollen Problemlösungskompetenz und keinen inhaltsleeren Personenwahlkampf. Das hat Schleswig-Holstein gezeigt und das wird sich auch in NRW beweisen,“ machte Volker Kauder auf der anschließenden Pressekonferenz deutlich. Jürgen Rüttgers habe alle Möglichkeiten und Chancen, die Wahl in NRW zu gewinnen. „Wir sind die Problemlöser, die SPD ist der Chancenkiller“, sagte Kauder.

Der CDU-Landesvorsitzende und Spitzenkandidat der NRW CDU, Jürgen Rüttgers, sprach von einem „geraubten Sieg“ der CDU in Schleswig-Holstein. Er kritisierte auch die Wahlkampfstrategie der SPD in NRW,



CDU-Generalsekretär Volker Kauder und NRW-Spitzenkandidat Jürgen Rüttgers

immer wieder neue Trendwenden zu verkünden: „Diese Strategie geht nicht auf. Die SPD bleibt auf dem Standstreifen und nicht auf der Überholspur.“

Visa-Affäre

Die CDU will auch von der nordrhein-westfälischen Landesregierung Auskünfte zur Visa-Affäre. CDU-Generalsekretär Volker Kauder und der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Jürgen Rüttgers forderten Aufklärung über den Aufenthalt und die genaue Zahl der Menschen, die im Zuge der Visa-Affäre illegal nach Deutsch-

land gekommen sind. „Die rot-grüne Regierung erweckt den Eindruck, als seien all diese Menschen gekommen, hätten sich den Kölner Dom angeschaut und seien dann wieder gegangen“, sagte Kauder. Er gehe davon aus, dass in erheblichem Umfang verbrecherisches Potenzial ins Land gekommen sei.

Den Grünen warfen Kauder und NRW-Parteichef Jürgen Rüttgers vor, ihre moralischen Prinzipien über Bord zu werfen, um Fischer zu verteidigen und ihre Macht zu erhalten. „Es ist ein Phänomen, wie das Alpha-Tier der Grünen nun ins Straucheln kommt“, sagte Kauder über Fischer.

„Subsidiaritätsprinzip umsetzen!“

Der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel hat im Namen des unionsdominierten Bundesrats die Länder-Forderung nach mehr Mitspracherechten im Rahmen der EU-Verfassung unterstrichen.

In der Bundestagsdebatte über das Gesetz zur Ratifizierung der EU-Verfassung in Deutschland verlangte das CDU-Präsidiumsmitglied Kontrollrechte für die Landtage. „Dafür hat der Bundesrat vier Länder mit Verhandlungen mit der Bundesregierung beauftragt.“ Der Ministerpräsident hob besonders das Subsidiaritätsprinzip hervor, das dem Staat nur die Ergänzung der Selbstverantwortung kleinerer Gemeinschaften zugeordnet. Europäische Aufgaben seien nur Aufgaben, die über die Möglichkeiten der Nationalstaaten hinausgingen. Die übrigen Aufgaben müssten den einzelnen Staaten überlassen bleiben. Die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips sei wichtig, weil „Europa nicht dann stark ist, wenn es sich um Tausenderlei kümmert, sondern dann, wenn es sich um die richtigen Aufgaben kümmert – etwa



Erwin Teufel

um die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.“ Teufel verwies auf die in Umfragen sinkende Zustimmung zur EU in Deutschland. „Der Bürger in Europa erlebt die Europäische Union als ein fernes, technokratisches Gebilde.“ Deshalb sei das Subsidiaritätsprinzip wichtig. Teufel bekräftigte, der Bundesrat werde die Ratifizierung der EU-Verfassung nicht an dieser Frage scheitern lassen. Auch die Unions-Bundestagsfraktion hat bereits erklärt, trotz ihrer Forderung nach stärkeren Mitspracherechten für den Bundestag die Ratifizierung der EU-Verfassung nicht zu verhindern. Ein Gesetzentwurf der Unions-Fraktion sieht vor, schon während des Ratifizierungsprozesses und nicht erst in einem späteren

Verfahren die Mitwirkungsrechte des Parlaments in der Europa-Politik zu stärken. Mitte Mai soll der Bundestag das Ratifizierungsgesetz verabschieden, kurz darauf der Bundesrat. In beiden Kammern ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich. „Mittelfristig, glaube ich, muss sich das Europäische Parlament zur Bürgerkammer und der Europäische Rat zur Staatenkammer entwickeln, ganz ähnlich wie das Modell Bundestag und Bundesrat“, sagte Teufel.

Der für die Außenpolitik zuständige stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Wolfgang Schäuble, kündigte an, dass die Bundestagsfraktion der Ratifizierung zustimmen werde, jedoch nach sorgfältiger Beratung. Er nannte den Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik den wichtigsten Teil der europäischen Integration. Gleichzeitig kritisierte er die Bundesregierung, die in der europäischen Außenpolitik den Weg der Achsenbildung gehe, statt sich um gemeinsame Positionen zu bemühen. An der Verfassung bemängelte er auch, dass sie die kulturellen Wurzeln Europas nicht klar beschreibe.

Volker Kauder

Schröder spaltet Deutschland

Deutschland im Frühjahr 2005: Massenarbeitslosigkeit, fehlendes Wirtschaftswachstum, Rekordzahlen bei Firmenpleiten.

Bundeskanzler Schröder war sowohl 1998 als auch 2002 mit den Zusagen angetreten, das Land voran zu bringen. Er versprach 1998, die SPD wolle nicht alles anders machen, aber vieles besser. Von diesem hehren Ziel hat sich Schröder längst verabschiedet. Vielen Bürgerinnen und Bürgern geht es nicht besser als 1998, sondern sehr viel schlechter. Die Situation in Deutschland hat sich dramatisch verschlimmert.

Zahlreiche Fehlentscheidungen der vergangenen fast sieben Jahre haben dazu geführt, dass das Land unter dieser Bundesregierung leidet. Die Menschen werden unter Wert regiert. Schröder hat die Gesellschaft gespalten: in Menschen, die Arbeit haben, und Menschen, die keine Arbeit haben. In Menschen, die Chancen und Perspektiven haben, und Menschen, die für sich kaum noch eine Zukunft sehen.

Wie reagiert Schröder auf die Sorgen und Nöte der Menschen? Mit einer Ent-



CDU-Generalsekretär Volker Kauder

schuldigung, dass die vielen Versprechen nicht eingehalten wurden? Fehlanzeige. Hoffnungsspendende Worte, dass es mit diesem Land wieder aufwärts geht? Nein. Er lehnt sich zurück und erklärt im Stern vom 29. Dezember 2004: „Wir haben jedenfalls mit der Arbeitsmarktreform unser Möglichstes zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit getan.“

Solche Worte müssen in den Ohren der Betroffenen wie Hohn klingen. Schröder zeigt, dass er resigniert hat und nicht mehr an die eigene politische Gestaltungskraft glaubt. Er räumt ein, dass seine Reformen nichts gebracht haben und er keine anderen Lösungen anbieten kann, ja, noch nicht einmal bereit ist, darüber nachzudenken. Solche Signale sind

eines Regierungschefs unwürdig. Mit seiner Neuaufgabe der „Politik der ruhigen Hand“ verschlechtert Schröder die Lage Deutschlands weiter und treibt damit den Keil noch tiefer in unsere Gesellschaft.

So spaltet Kanzler Schröder das Land:

■ Schröder lässt Arbeitslosen keine Chance: In Deutschland gibt es nicht nur 5 Millionen Arbeitslose, sondern auch fast 1,8 Millionen Langzeitarbeitslose. Hinter diesen Zahlen verbergen sich Millionen dramatischer Einzelschicksale. Menschen, die seit mehr als 12 Monaten einen neuen Arbeitsplatz suchen, die nicht wissen, was morgen wird. Sie fühlen sich oft vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen, ohne Aussicht auf Besserung.

■ Schröder spaltet in Arm und Reich: Laut Armutsbericht der Bundesregierung gibt es immer mehr arme Menschen: Jeder achte Bürger fällt unter die Armutsgrenze, jede siebte Familie ist von Armut betroffen, es gibt 300.000 überschuldete Familien mehr als 1999.

■ Schröder spielt Arbeitnehmer und Arbeitgeber gegeneinander aus: Einer

seits verhindert er betriebliche Bündnisse, die Einigungen auf Betriebsebene für den Erhalt von Arbeitsplätzen ermöglichen würden. Andererseits beleidigt er Unternehmer als „fünfte Kolonne der Opposition“ (in Hannover am 05.08.2002) oder als „vaterlandslose Gesellen“ und „Vaterlandsverräter“ (laut Frankfurter Rundschau, 26.03.2004).

■ Schröder spaltet Mehrheit und Minderheit, indem er Minderheiten mit ausufernden Rechten versieht, so z.B. durch ein maßloses Antidiskriminierungsgesetz oder durch die beabsichtigte Gleichstellung der Homo-Ehe auch im Steuerrecht und im Erbrecht. Denn damit behandelt er Ungleiches gleich.

■ Schröder spaltet Ost und West. Denn er vernachlässigt

den Osten, den er doch zur „Chefsache“ machen wollte. Davon merkt man nichts. Die Schere zwischen Ost und West geht immer weiter auseinander: Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland liegt weit über der in Westdeutschland, dafür ist das Wirtschaftswachstum geringer. So verlieren die ostdeutschen Länder immer mehr den Anschluss.

■ Schröder spaltet Jung und Alt: Die rot-grüne Regierung verbaut der jungen Generation die Chancen. Die Schuldenpolitik von Hans Eichel sorgt dafür, dass die Zukunft unserer Kinder und Enkel schon heute zerstört wird. Gleichzeitig weigert sich die Bundesregierung hartnäckig, das Rentensystem den geänderten Erfordernissen anzupassen. Dank rot-grüner Politik wird die

kommende Generation im Alter weniger Geld zur Verfügung haben als die Eltern-generation. Eigenvorsorge tut Not, ist jedoch kaum möglich, wenn viele Bürger heutzutage kaum genug Geld zum Leben haben.

Deutschland braucht keine Regierung, die nicht mehr weiß, wie sie das Land voranbringen will und der es am entschlossenen Handeln fehlt. Wir brauchen eine Regierung, die den Leuten Mut macht und wieder eine Perspektive gibt und nicht eine, die die gesellschaftliche Stimmung noch nach unten drückt. Wenn Schröder nicht mehr weiter weiß, sollte er den Weg frei machen für die Kräfte, die handeln können und wollen. CDU und CSU haben diese Kraft. Jeder weitere Tag von Rot-Grün ist ein verlorener Tag für Deutschland.

BUNDESTAG: KOSTENLOSE BILDDATENBANK



Ab sofort bietet der Deutsche Bundestag im Internet eine Bilddatenbank mit aktuellen und historischen

Aufnahmen an. Unter <http://bilderdienst.bundestag.de> ist das System „Digitaler Bilderdienst/ Bildarchiv“ erreichbar, das als zentrale

Bilddatenbank des Bundestages das parlamentarische Geschehen im und um den Deutschen Bundes-

tag dokumentiert. Für die parlamentarische Berichterstattung werden hier Porträts der Abgeordneten, Aufnahmen von Plenarsitzungen, Ausschusssitzungen, Staatsbesuchen, aber auch Architekturaufnahmen und vieles mehr kostenfrei zum download angeboten. Über verschiedene Suchfelder sind detaillierte Recherchen möglich.

Bush Besuch

Neue Impulse für die transatlantischen Beziehungen

Während seines Deutschland-Besuchs ist US-Präsident George W. Bush auch mit der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, zu einem politischen Gespräch zusammengetroffen.

Die knapp 15-minütige Begegnung fand in einer sehr guten Atmosphäre statt. Merkel wörtlich: „Das Gespräch hat mich darin be-



US-Präsident George W. Bush und Angela Merkel

stärkt, wie wichtig für beide Seiten gute transatlantische Beziehungen sind“. Sie habe

den Eindruck gewonnen, dass der Präsident „ein großes Interesse an Deutschland und auch an intensiven Beziehungen zur Opposition“ habe. Die Unterredung mit der Partei- und Fraktionsvorsitzenden am Rande des Arbeitsbesuchs von Bush in Mainz kam auf Wunsch der USA zustande. Die

Oppositionsführerin hatte zuvor bereits an einem Mittagessen zu Ehren des Präsidenten teilgenommen.

PÖTTERING: WICHTIG FÜR EURO-ATLANTISCHEN DIALOG

Den Besuch von US-Präsident George Bush in Brüssel und bei den europäischen Institutionen hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, Hans-Gert Pöttering, als einen Wendepunkt in den transatlantischen Beziehungen begrüßt.

„Dies ist ein wichtiger Schritt nicht nur zur Wiederbelebung des euro-atlantischen Dialogs, sondern auch für die außenpolitische Profilgewinnung der Europäi-

schen Union gegenüber den Vereinigten Staaten“, erklärte Pöttering. Während die Amerikaner traditionell immer noch stark auf bilaterale Beziehungen in Europa setzten, müssten die Europäer deutlich machen, dass sie gemeinsame Positionen in der Außenpolitik vertreten und die Europäische Union ein starker und zuverlässiger Partner der Vereinigten Staaten sei.

Amerika und Europa stehen für die westlichen Werte

der Demokratie und Freiheit. Auf dieser Grundlage gebe es viele Bereiche des gemeinsamen Interesses und der Zusammenarbeit zwischen den USA und der Europäischen Union. Pöttering nannte u. a. den Friedensprozess im Nahen Osten, den Aufbau der Demokratie im Irak, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus sowie globale Probleme der Sicherheit, der Umwelt und der Armutsbekämpfung.

Verteidigung Fischers immer unglaubwürdiger

Nach den jüngsten in der FAZ und dem Stern veröffentlichten Zusammenhängen wird die Festlegung des Auswärtigen Amtes, dass Bundesminister Fischer erst 2003 von den Misständen in den Deutschen Botschaften erfahren habe, immer unglaubwürdiger:

■ In einem Fernschreiben der Botschaft Kiew an das AA vom März 2002 wird darauf hingewiesen, dass Bundesminister Fischer bereits im Jahr 2000 während eines Besuchs in Kiew mit den unhaltbaren Zuständen in der Visastelle konfrontiert wurde.

■ Bei einer OSZE-Konferenz in Berlin sagte Fischer am 15. Oktober 2001 – auf dem Höhepunkt fast ungeprüfter Visavergabe an deutschen Botschaften –, Berlin sei „mittlerweile eine Drehscheibe des Menschenhandels“.

Minister Fischers Einlassungen sind maßlos, arrogant und unangebracht. Er verstrickt sich immer mehr in Widersprüche. Daher wird die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag seine Vernehmung für



Eckart von Klaeden

Mitte April beantragen.

Eckart von Klaeden ist der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im 2. Untersuchungsausschuss der 15. Wahlperiode.

Für Ihre Arbeit vor Ort hat die Bundestagsfraktion eine umfangreiche Dokumentation zum Visa-Ausschuss zusammengestellt. Sie finden die Dokumentation auf der Homepage der Bundestagsfraktion unter http://www.cduscu.de/upload/visaklaeden_050214.pdf

Bankrotterklärung der rot-grünen Arbeitsmarktpolitik

Nicht einmal zwei Monate nach Inkrafttreten der Hartz-IV-Reform folgt die Bankrotterklärung der Bundesagentur für Arbeit (BA).



Karl-Josef Laumann

Ziel der Bundesregierung mit Hartz IV war es, die BA für sämtliche erwerbsfähige Personen aus den früheren Systemen Arbeitslosen- und Sozialhilfe zuständig zu machen, sowie diese Menschen durch eine erheblich intensivere Betreuung zu fördern und zu fordern.

BA-Chef Weise verabschiedet sich nun von beiden Zielen. Die BA ist mit den speziellen Problemen in Ostdeutschland offenbar überfordert, und Herr Weise sieht augenscheinlich keine Mittel und Wege, um den älteren Arbeitslosen in Deutschland wieder Perspektiven und Chancen zu eröffnen. Denn eines ist klar: Auch in Westdeutschland gibt es Regionen, in denen die Situation für ältere Arbeitslose ähnlich dramatisch ist wie in den neuen Bundesländern.

Die BA will offenbar eine ganze Generation von Menschen aus ihren Bemühungen

gen und aus der Arbeitsmarktpolitik ausschließen. Dies ist eine klassische Bankrotterklärung.

Im Grunde ist dies die logische Folge einer falschen Entscheidung von Minister Clement, der mit aller Gewalt die BA für die neuen Leistungen nach Hartz IV zuständig gemacht hat. Hätte er auf die Union gehört und die kommunale Ebene mit dem Arbeitslosengeld II betreut, gäbe es eine solche Meldung in den Medien mit Sicherheit nicht.

Nach Ansicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion darf an dem Ziel der besseren und intensiveren Betreuung der Arbeitslosengeld-II-Empfänger – unabhängig vom Alter und unabhängig vom Wohnort – nicht gerüttelt werden. Um denjenigen Langzeitarbeitslosen, denen die Arbeitsagenturen auf absehbare Zeit keine Jobs anbieten können, die Situation zu erleichtern und ihnen wieder zu mehr Eigenständigkeit zu verhelfen, sollten die Hinzuverdienstregeln in Hartz IV angepasst werden. Vorstellbar ist ein einheitlicher Grundfreibetrag für die mit der Erwerbstätigkeit verbundenen Aufwendungen sowie ein erhöhter Freibetrag insbesondere in dem Bereich bis 400,- €. Hierzu



Dagmar Wöhr

werde ich in Kürze einen Vorschlag im Deutschen Bundestag vorlegen.

Karl-Josef Laumann ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit der CDU/CSU Bundestagsfraktion.

Bundesregierung muss endlich Lage im Land erkennen

Die Bundesregierung nimmt die Lage im Land einfach nicht mehr zur Kenntnis. Der schwache Ifo-Index bestätigt die Lageeinschätzung der Union: Die Binnenkonjunktur kommt nicht voran. Die Unternehmen bewerten sowohl ihre gegenwärtige Lage als auch ihre Geschäftsaussichten negativ.

Die schlechten Ifo-Zahlen und die immer weiter steigenden Arbeitslosen-

zahlen sollten die Bundesregierung endlich aufwecken.

Die Union hat im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit ein 10-Punkte-Sofortprogramm vorgelegt. Rot-Grün war nicht bereit, auch nur einen unserer Vorschläge konstruktiv zu diskutieren. Wir könnten z. B. durch eine Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von 6,5% auf 5% die Voraussetzung für 150.000 neue Jobs schaffen.

Wer jetzt die Hände in den Schoß legt, schadet dem Standort und erstickt jede Hoffnung auf eine Konjunkturerholung im Keim.

Dagmar G. Wöhr ist die wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



WEB-TIPP

- Neue Dokumentationen auf www.cducus.de
- Ergebnisse des Vermittlungsausschusses (Stand: Februar) unter <http://www.cducus.de/upload/va050217.pdf>
- Positionspapier zur Verbraucherpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Stand: Februar) unter <http://www.cducus.de/upload/verbraucher-050216.pdf>

In der Senioren-Union ist die Stelle des

Bundesgeschäftsführers/ der Bundesgeschäftsführerin

**Senioren
Union** CDU

neu zu besetzen. Gesucht wird eine Persönlichkeit mit Geschäftsführungserfahrung in Wirtschaft oder Politik. Die Aufgabenschwerpunkte umfassen u.a. die Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand, Öffentlichkeitsarbeit, Konzeptionen für Sitzungen und Veranstaltungen, selbständiges Verfassen von Texten und Spezialartikeln. Beschäftigungsort ist die Bundesgeschäftsstelle der CDU in Berlin.

Erwünscht sind abgeschlossenes Hochschulstudium, mehrjährige berufliche Erfahrungen und die Beherrschung einer Fremdsprache in Wort und Schrift. Die Stelle ist entsprechend ihrer Bedeutung dotiert.

Bewerbungen sind umgehend zu richten an den Bundesvorsitzenden der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin.

Stichwort: Bundesgeschäftsführer/in.

Bundesgeschäftsstelle der Senioren-Union der CDU Deutschlands,

Tel. 030 – 220 70 – 442, Fax: 030 – 220 70 – 449; e-mail: ute.elias@cdu.de,

www.seniorenunion.cdu.de

Zum 1. Juni 2005 oder später ist die Stelle der/des

Landessozialsekretärin/ Landessozialsekretärs



CDA

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE
ARBEITNEHMERSCHAFT
DEUTSCHLANDS

der CDA Nordrhein-Westfalen neu zu besetzen.

Der/Die Landessozialsekretär(in) leitet die Landesgeschäftsstelle, arbeitet dem Landesvorstand inhaltlich zu und ist Dienstvorgesetzte(r) der Bezirkssozialsekretäre.

Wir erwarten:

- Grundkenntnisse im Arbeits- und Sozialrecht, der Gewerkschaftsarbeit und der Arbeit mit Betriebs- und Personalräten,
- Grundkenntnisse der Arbeit der CDU und CDA und ggf. ehrenamtliche Erfahrungen,
- Motivations- und Teamfähigkeit,
- Organisationstalent und Erfahrung in der Vorbereitung von Tagungen und Kongressen.

Die Bezahlung erfolgt nach einer Probezeit nach BAT II. Eine spätere Höhergruppierung ist möglich.

Bewerbungen richten Sie bitte bis 31. März 2005 an den Vorsitzenden der CDA NRW, Herrn Dr. Ralf Brauksiepe MdB, Wasserstr. 5, 40213 Düsseldorf.



NEU

Leporello „Integration fördern und fördern“

Bestell-Nummer: **2195**Preis je **100 Stück: 11,00 €**

inkl. MwSt.: 11,77 €



Broschüre „Wir müssen mehr für Deutschland tun.“ Angela Merkel

Bestell-Nummer: **5942**Preis je **100 Stück: 20,00 €**

inkl. MwSt.: 21,40 €

Für Ihre Mitglieder-Werbekampagne können Sie bei der UBG das entsprechende Mitglieder-Werbeplakat bestellen.

Per Telefax unter 02226/802-333 oder per E-Mail: bestellungen@ubg-medienzentrum.de



Mitglieder-Werbeplakat für Ihre Mitglieder-Kampagne „Viel bewegen Mitglied werden“

DIN A2, quer

Preis je **10 Stück: 8,00 €**

inkl. MwSt. und Versand

Broschüre „Viel bewegen Mitglied werden.“

Mitgliederwerbeproschüre der CDU Deutschlands

Bestell-Nummer: **5076**
 Preis je **50 Stück: 18,50 €**
 inkl. MwSt.: 19,80 €



Aufnahmeantrag

mit abtrennbarem Abfragebogen für Zusatzangaben

Bestell-Nummer: **6719**
 Preis je **200 Stück: kostenlos**



Aufnahmeantrag

Kurzfassung

Bestell-Nummer: **6080**
 Preis je **200 Stück: kostenlos**



Leporello „Willkommen in der CDU“

Bestell-Nummer: **5932**
 Preis je **100 Stück: 16,50 €**
 inkl. MwSt.: 17,66 €



Jetzt schon an den Frühling denken!

Ein idealer Zeitpunkt Anderen eine Freude zu machen – **Die Blume aus der Dose** – Da diese besondere Blume eine **lange Kulturzeit** hat, ist ein guter Wachstumsbeginn der Monat März. Im Juni/ Juli werden Sie die „Blumenfreuden“ ernten. Die Mittagsgoldblume treibt über mehrere Wochen neue Blüten. Sie ist sehr robust und somit sehr unanfällig .

Blumendose:

Blumensamen – Mittagsgold/Gazanie

Züchten Sie sich Ihre Blume selbst – direkt aus der Dose.
Alles was die Pflanze braucht, ist schon in der Dose
enthalten. Sie brauchen nur noch Wasser dazugeben
(Pflegeanleitung liegt bei).



Originalabbildung der Blumenzüchtung in der Dose!

1. Dose öffnen

ab Ende Februar
bei 18-20 °C im Haus

2. Dose ins Freie

ab Mitte Mai
„lange Kulturzeit!“

3. Blütezeit

ab Juni/Juli
bis September

Bestell-Nummer: **9118**
Preis je **3 Stück: 10,50 €**
inkl. MwSt.: 12,18 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 0 52 41-8 04 18 92
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de